

Familienpolitik: Welche Formen von Elternschaft sind erwünscht?

03.01.2009, [Kathrin Ganz](#)

Die deutsche Familienpolitik und die ihr zugrunde liegenden Konzepte von Mutterschaft und Vaterschaft galten lange Zeit als besonders der Tradition verschrieben und rückständig. Überraschenderweise brachte ausgerechnet die Familienpolitik der Großen Koalition eine familienpolitische Wende. Sie wird nicht nur in der medialen Öffentlichkeit als Erfolg verbucht, sondern gilt trotz berechtigter Kritik auch aus feministischer Sicht als Schritt in die richtige Richtung. Während auf gleichstellungspolitischer Ebene Erfolge zu verzeichnen sind, bildet der familienpolitische Diskurs jedoch ein Konzept von normativ erwünschter Elternschaft aus, das Familienformen jenseits der Zwei-Erwerbstätigen-Elternschaft zunehmend stigmatisiert.

Erwerbsarbeit und Elternschaft

Die Erwerbstätigkeit von Müttern ist ein wiederkehrendes Thema des deutschen familienpolitischen Diskurses der Nachkriegszeit. Während Frauenerwerbsarbeit in der DDR vorrangiges Ziel der Familienpolitik war, wurde Müttererwerbsarbeit in der Bundesrepublik als Gefahr für das Kindeswohl und seit den 1970er Jahren als arbeitsmarktpolitisches Problem behandelt. In diesen Jahren tauchte zudem die Frage der Vereinbarkeit auf, die als ein ausschließlich Frauen betreffendes Problem behandelt wurde. Eine Familienpolitik, die einem weiteren Sinken der Geburtenrate entgegenwirken will, hatte entsprechend der damals geltenden Meinung dafür Sorge zu tragen, dass Mütter nicht berufstätig sein müssen. Familienpolitische Leistungen förderten im Zuge dessen das Drei-Phasen-Modell weiblicher Erwerbsarbeit. Nach einer Berufseinstiegsphase wird die Erwerbstätigkeit durch eine Familienphase unterbrochen, um später als Teilzeiterwerbsarbeit wieder aufgenommen zu werden. Das vorherrschende und erwünschte Familienmodell in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit war die Familienernährerehe.

Seit der Veröffentlichung der Studie "Nachhaltige Familienpolitik" von Bert Rürup und Sandra Gruescu im Jahr 2003 wird der Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsarbeit und Geburtenraten von der deutschen Politik völlig neu eingeschätzt. Jetzt gilt: Nur die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf kann Frauen dazu bringen, (mehr) Kinder zu bekommen. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf das vorherrschende Bild von Mutterschaft, Vaterschaft und Elternschaft.

Potentielle Mütter und Väter werden heute im familienpolitischen Diskurs als rational handelnde Individuen behandelt, die alle Kosten der Familiengründung kalkulieren. Der Anspruch auf Elterngeld wird nicht auf Grundlage des Familieneinkommens berechnet, denn das Elterngeld richtet sich an kinderbetreuende Elternteile als Individuen, soll einen Verdienstaufschlag zeitweise ausgleichen und einer schnellen Rückkehr ins Berufsleben nicht im Weg stehen. Die im Vergleich zum Erziehungsgeld verkürzte Bezugszeit von 12 plus 2 Monaten ist ein Anreiz, früher in die Erwerbsarbeit zurück zu kehren. Damit funktioniert das Elterngeld frei nach dem Motto "weniger ist mehr".

Das Elterngeld, der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten (siehe Artikel von Gabriele Winker [Freiheit oder Planwirtschaft](#)), aber auch Reformen im Unterhaltsrecht markieren eine Abkehr von der Familienernährerehe: Frauen und Mütter sollen selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Dazu trägt ein möglichst lückenloser Lebenslauf ebenso bei wie eine gleichmäßigere Verteilung des "Risikos" Elternzeit auf Väter. Der feministischen Forderung nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit von Frauen

wird durch die familienpolitischen Reformen der Großen Koalition Rechnung getragen. Erste Zahlen zum Elterngeld lassen jedoch darauf schließen, dass ein Großteil der Frauen vor der Geburt eines Kindes nicht über ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen verfügt (vgl. Rüling 2008). Diese erschreckende Erkenntnis sollte für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Anlass sein, die Forderung nach Lohngleichheit und gleichen Aufstiegschancen von Frauen im Beruf mit viel mehr Elan anzugehen.

Zurzeit wird auf einen Mentalitätswandel bei Arbeitgebern gesetzt: Wenn Mütter nicht mehr so lange und Väter ebenfalls Elternzeit nehmen, wird das Elterngeld zu einem Risikofaktor für diejenigen Unternehmen, die bei Einstellungen und Beförderungen Männer bevorzugen (vgl. Nulsch/Dannenberg 2008). Mit den sogenannten Vätermönaten ruft Familienministerin von der Leyen aber auch junge Männer dazu auf, ihre Vaterrolle jenseits des "Ernährers" zu erfüllen. Die familienpolitischen Rahmenbedingungen sollen nicht mehr als Ausrede für eine unzeitgemäße Rollenverteilung herhalten. Diese Taktik scheint aufzugehen, denn seit der Einführung des Elterngeldes sind nicht nur die Geburtenzahlen angestiegen, sondern auch der Anteil von Vätern, die Elternzeit in Anspruch nehmen und Elterngeld beantragen, hat sich deutlich erhöht (siehe Artikel Vätermonate von Sonja Nielbock und Tanja Carstensen).

Erwünschte und abweichende Elternschaft

Der Familienpolitik von der Leyens liegt die Annahme zugrunde, dass die meisten jungen Menschen sowohl ein erfolgreiches Berufsleben als auch eine Familiengründung wünschen, die bisherigen Rahmenbedingungen der Erfüllung dieser Wünsche jedoch im Wege stehen. Durch das Elterngeld und eine verbesserte Kinderbetreuung verändern sich die Rahmenbedingungen, und es wird möglich, das gleichstellungspolitische Anliegen mit Familienförderung und dem Ziel der Geburtensteigerung zu verbinden. Diese Logik kann allerdings nur funktionieren, wenn die unterschiedlichen Existenzbedingungen von Familien ausgeblendet werden.

Bei Familien, in denen zwei Erwachsene über ein mindestens durchschnittliches Einkommen verfügen, wirken die neuen familienpolitischen Maßnahmen am besten. Die finanziellen Risiken des Kinderkriegens werden durch das Elterngeld minimiert und es stehen Betreuungsplätze zur Verfügung, die eine schnelle Rückkehr ins Berufsleben ermöglichen. Die spezifischen Probleme von ökonomisch weniger privilegierten Familien werden durch die familienpolitischen Reformen der Großen Koalition jedoch nicht im gleichen Maße aufgegriffen. Familien, die dem normativen Idealbild der Zwei-Erwerbstätigen-Familie nicht entsprechen, kommen in diesem Diskurs zum einen in Form der klassischen Familienernährerehe bestehend aus männlichem Ernährer und weiblicher Hausfrau vor. Konservative PolitikerInnen, die dieses Modell verteidigen, tun dabei so, als sei die Familienernährerehe heute schon eine alternative Lebensform einer kaum noch tolerierten und darum schützenswerten Minderheit. Dieser Gestus blendet aus, dass wir es bei diesem Modell mit einem relativ privilegierten und immer noch staatlich subventionierten "Außenseiter" zu tun haben. Das Ehegattensplitting, welches AlleinverdienerInnen- bzw. ZuverdienerInnenenehen steuerlich bevorzugt, wirkt heute wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten und stellt ein Zugeständnis an konservative Teile der Unionsparteien dar.

Dem normativen Idealbild der Zwei-Erwerbstätigen-Familie wird aber auch eine defizitäre Konstruktion der "Familie mit sozialen Risiken" gegenübergestellt. Gemeint sind Familien von Erwerbslosen, GeringverdienerInnen, Alleinerziehende und MigrantInnen. In Bezug auf diese Familien wird nicht diskutiert, welche Rahmenbedingungen zu mehr Gleichstellung, besserer finanzieller Ausstattung und der Ermöglichung von Kinderwünschen führen könnten. Im Gegenteil werden Überlegungen angestellt, wie Kindern außerhalb der Familien zusätzliche Sozialisations- und Bildungsangebote gemacht werden können, um ihre "Herkunft" auszugleichen. Dabei ist es augenfällig, dass das Kindeswohl im familienpolitischen Diskurs mit der Förderung von "Humanvermögen" gleichgesetzt wird. Das Bild der "Familie mit sozialen Risiken" hat die erwerbstätige "Rabenmutter" als zentrales Sozialisationsrisiko abgelöst.

Fazit

Mit der ökonomischen Neubestimmung der Familienpolitik durch das Konzept der "Nachhaltigen Familienpolitik" wurden die Überlegungen von berufstätigen jungen Menschen in den Mittelpunkt

gerückt, ohne jedoch auf die Tatsache zu verweisen, dass das Alleinverdienermodell schon aufgrund sinkender Reallöhne und der Unsicherheit von Arbeitsplätzen ausgedient hat. Familien, die über weniger "ökonomischen Charme" (Renate Schmidt) verfügen, werden am Rand des familienpolitischen Diskurses platziert. Das ist die Kehrseite dieser aus gleichstellungspolitischen Erwägungen begrüßenswerten Entwicklung.

Familienpolitik hat die Aufgabe, alle Familien zu fördern, und sollte es vermeiden, Familien, die nicht dem Modell der Zwei-Erwerbstätigen-Familie entsprechen, zu stigmatisieren und vom Ziel der Familienförderung auszuschließen. Diese Forderung kann sich jedoch nicht nur an das BMFSFJ richten, sondern erfordert ein Zusammenwirken verschiedener Politikbereiche. Wenn beispielsweise Familien, die von ALG-II leben, die am 1. Januar 2009 anstehende Kindergelderhöhung im Portemonnaie überhaupt nicht spüren, da das Kindergeld voll auf ALG-II angerechnet wird, muss dies durch eine Erhöhung des ALG-II Satzes ausgeglichen werden. Bei aller Freude über Väter in Elternzeit und bessere Kinderbetreuung dürfen die Probleme besonders benachteiligter Familien nicht aus dem Blick verloren werden.

Literatur

- Nulsch, Nicole/Dannenbergh, Henry (2008): Elterngeld – Neuer Risikofaktor für Unternehmen, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7/2008, 14. Jg, S. 289-296 (<http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/7-08.pdf> (PDF)).
- Rülting, Anneli (2008): Ein Jahr Elterngeld – Geschlechterrevolution oder Leistung für Besserverdienende?, in: *femina politica* 01/2008, S. 115-118.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.